

Christian Baldauf, MdL
Stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Landtag von Rheinland-Pfalz

Redebeitrag zur Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkt 1
44. Plenarsitzung, Mittwoch, 22. November 2017

Aktuelle Debatte der CDU-Landtagsfraktion
„Abschiebeverfahren wirkungsvoll gestalten –
Entscheidungskompetenzen zentralisieren“

Unkorrigiertes Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

22.11.2017

Anrede,

Abschiebungen sind ein schwieriges, ein hartes Geschäft. Ohne Frage. Für die Betroffenen, ihre Familien, auch für die, die vollziehen müssen, Einsatzkräfte, Behörden, Justiz, Polizeibeamte. Und doch muss die deutsche Rechtsordnung konsequent durchgesetzt werden. Für unser Asylrecht in Deutschland, für seine Akzeptanz und Legitimation, ist es entscheidend, Missbrauch zu verhindern. Selbst den Anschein von Missbrauch.

Denn hier geht es um Verantwortung. Nicht nur dem einzelnen Asylsuchenden gegenüber, der Anspruch auf ein faires, rechtsstaatliches Verfahren hat. Sondern es geht um die gesamtgesellschaftliche Verantwortung, die wir für alle Bürgerinnen und Bürger dieses Landes tragen. Vor allem, wenn es darum geht, die Bevölkerung zu schützen. Hier muss die Landesregierung nun eingestehen, dass sie versagt hat.

Blicken wir vier Jahre zurück: Da hat das grün geführte Integrationsministerium - mit Unterstützung der SPD wohlgermerkt – groß verkündet, die Abschiebehäft müsse abgeschafft werden. Und ging prompt ans Werk. Als Zwischenschritt wurde zunächst für vier Millionen Euro die Gewahrsamseinrichtung in Ingelheim zurückgebaut. Der „Haftcharakter“ sollte vermieden werden. Also hat man die Gitter abmontiert, den Stacheldrahtzaun medienwirksam durchschnitten, Zäune und Mauern entfernt.

Begründet wurde die Entscheidung unter anderem so: Die Gewahrsamseinrichtung sei nur noch sporadisch belegt. Doch wie ein Journalist vergangene Woche treffend kommentierte, „man löst auch nicht die Feuerwehr auf, wenn es mal länger nicht brennt.“

Wir kritisierten damals diesen Schritt. Deshalb wurde die CDU-Fraktion mit Attributen wie „inhuman“ und „kalthertzig“ belegt. Nun, nicht einmal vier Jahre später holt die Landesregierung die Fahne wieder ein. Abschaffung der Abschiebehäft – kein Ton mehr von Ihnen. Rückbau von Sicherungsmaßnahmen – Nein, jetzt folgt gewissermaßen der Rückbau des Rückbaus der Sicherungsmaßnahmen. Oder einfacher ausgedrückt: Die Gitter, Mauern und Zäune von damals werden wieder neu errichtet. Verbunden mit Kosten für den Steuerzahler in Millionenhöhe!

Anrede, es geht hier nicht darum nach zu karten. Nein, es geht darum, Abschiebeverfahren grundsätzlich neu zu regeln. **Es geht darum, dass Sie endlich Prinzipien einer Rückführungspolitik** anerkennen und nicht nur schrittweise ihre Fehler halbherzig korrigieren.

Anrede

- **Der Schutz unserer Bürger hat Vorrang vor Hafterleichterungen von abgelehnten Asylsuchenden!**
- **Das Recht muss auch bei abgelehnten Asylsuchenden konsequent angewendet werden!**
Und wer eine Ausreisepflicht, die von Rechts wegen festgestellt wurde, nicht vollzieht, untergräbt das Vertrauen in den Rechtsstaat!

Liebe Frau Spiegel, ich hoffe, dieser Zusammenhang und die Bedeutung, die er hat, ist Ihnen bewusst.

Die rechtlichen Spielräume dürfen nicht in unerträglichem Maße überdehnt werden. Ihr Eingreifen in Bad Kreuznach und im Eifelkreis hat leider gezeigt, dass Sie hier noch Nachholbedarf haben.

- **Haft ist eine Hoheitliche Aufgabe, die Polizei und Justiz zu unterstellen ist und nicht einem privaten Sicherheitsunternehmen!**

Oder stimmt es nicht, dass private Sicherheitsdienste flüchtende Häftlinge gar nicht dingfest machen, sondern lediglich die Polizei rufen dürfen? Stimmt es nicht, dass es immer wieder Probleme mit der Schichtnachbesetzung Ihres Sicherheitsdienstes in Ingelheim gibt? Ist es nicht richtig, dass Kräfte des Sicherheitsdienstes der Gewahrsamseinrichtung knapp über dem Mindestlohn mit rund 9 Euro die Stunde entlohnt werden?

Fragen, die im zuständigen Ausschuss zu klären sind.

- **Kriminelle abgelehnte Asylsuchende müssen mit aller Konsequenz und frühzeitig aus dem Verkehr gezogen werden.** Denn wie kann es sein, dass ein Asylsuchender wie Hicham B. innerhalb eines Jahres mehrfach wegen Körperverletzung und sexuellen Straftaten polizeilich auffällig wird, ohne dass geeignete Maßnahmen durch das Land eingeleitet werden? Hier ist das Land in der Pflicht, die Bevölkerung zu schützen. Straffällige Asylsuchende können Sie nicht leichthin den Kommunen überlassen. Das ist eine völlige Überforderung. Und damit eine Gefährdung der Bevölkerung - da ist es dann auch schlichtweg unerheblich, ob die Gefährdung politisch-religiös oder krimineller Natur ist.

Anrede, Integration ist Sache der Kommunen. Aber Abschiebung, Sicherheit – Aufgabe des Landes. Es führt kein Weg daran vorbei, dass die Zuständigkeiten für die Rückführung beim Land gebündelt werden. Eine langjährige Forderung meiner Fraktion, auf die Sie wiederum bisher nur zaghaft einschwenken. Der Landkreistag hat bereits Stellung bezogen.

Ich darf nochmals betonen: **Sicherheitsfragen sind eine hoheitliche Aufgabe, die das Land auch zu tragen und nicht abzuwälzen hat.** Denn jede Teilung und jedes Wegdelegieren von Verantwortung führt zu Sollbruchstellen. Diese bergen die Gefahr des Informationsverlustes und der Unübersichtlichkeit – eine entscheidende Lehre aus der Flucht des Herrn Hicham B. – der übrigens noch immer auf freiem Fuß ist.

Anrede, umsichtiges und vorausschauendes Regierungshandeln sieht anders aus. Vor allem erschöpft es sich nicht darin, absehbare Fehler erst dann zu korrigieren, wenn sie geschehen sind. An dieser Stelle geht es um sehr grundsätzliche, zentrale Fragen:

Wie wir:

1. Das Vertrauen der Bürger in unseren Rechtsstaat erhalten.
2. Unsere Bürger effektiv schützen.
3. Ausreisepflichtige Asylsuchende schnell abschieben.
4. Die Kommunen mit kriminellen Asylsuchenden nicht alleine lassen.

Die Landesregierung ist hier aufgefordert, ein schlüssiges Gesamtkonzept vorzulegen!